

Woran Europa sich erinnern soll

Mgr. Adrianus van Luyn

Diözesanbischof von Rotterdam, Vorsitzender der COMECE

«Lange war es ein Klischee, dass sich Europa in der Krise befindet», schreibt der deutsche Politikwissenschaftler Claus Leggewie in einem Beitrag über transnationale Erinnerung und Europäische Identität. Er zählt all jene Krisen auf, die Europa und die Europäische Union im letzten Jahrzehnt getroffen haben: die Krise der Erweiterung der Union und die Krise der Vertiefung, die später zur Krise der «Verfassung Europas» – im doppelten Sinn des Wortes wurde. Da sein Artikel bereits Ende 2008 abgeschlossen wurde, fehlen die wirtschaftliche und die finanzielle Krise Europas, die EURO-Krise und der drohende Bankrott jener Staaten, die mit dem Akronym «PIGS» (als Abkürzung für Portugal, Irland, Griechenland und Spanien) bezeichnet werden. Europa befindet sich, so heißt es, in einer Form der Dauerkrise, die ein Besorgnis weckendes Ausmass annimmt. Kann ein unsicheres, sich von Krise zu Krise fortschleppendes Europa denn politisch überhaupt überleben? Oder wird hier von Kritikern des Projekts der europäischen Integration mit mehr oder weniger versteckten Absichten bewusst ein düsteres Bild gezeichnet, eine Art «self-fulfilling prophecy»?

Europas Zukunft mag angesichts der genannten Herausforderungen unsicher sein, Europas Vergangenheit, so Leggewie, ist das zumindest nicht. Er erwähnt auch den sarkastischen Kommentar zur Eröffnung des «Europäischen Museums» in Brüssel: Europa habe zwar noch immer keine Verfassung, aber wenigstens ein Museum. Die Frage nach den Wurzeln Europas und seiner Kultur, nach den Grenzen und der Identität Europas, nach Europas Vergangenheit und dem, das sie geprägt hat: all das beschäftigte in den vergangenen zehn Jahren die öffentliche Diskussion über Europa und die Europäische Union in einem ähnlich großen Ausmass wie die Frage nach den Ursachen der derzeitigen wirtschaftlichen und finanziellen Krise.

Gedächtnisses und Erinnerung, so noch einmal Leggewie, nehmen im « Narrativ über Europa» einen immer größeren Platz ein, sowohl in den einzelnen Mitgliedsstaaten als auch in der Europäischen Union als Ganzer. Historische Publikationen erleben ungeahnte Verkaufserfolge – wie etwa der niederländische Journalist und Autor Geert Mak, dessen Buch «In Europa», 1200 Seiten dick ist, in verschiedene Sprachen übersetzt und in den Niederlanden fast 500.000 Mal verkauft wurde. Die Zahl von Gedenkfeiern und offiziellen Gedenktagen nimmt zu: woher diese «Geschichtsversessenheit»?

«Zur Obsession wird das Thema Erinnerung [...] in jenen Gesellschaften, denen aufgrund ihres rasanten Wandels das Gedächtnis abhanden zu kommen droht. Traditionelle Gesellschaften, die auf dem Erinnern aufbauen, spüren kein Bedürfnis, das kollektive Gedächtnis permanent zu beschwören: es ist einfach da und entfaltet seine Organisationskraft in sämtlichen Bereichen des sozialen Lebens [...] Moderne Gesellschaften dagegen, in denen Veränderung Motor und Imperativ zugleich ist, sind umso eifriger darauf bedacht, die Flamme der Erinnerung zu hüten, je schwächer sie wird», so die französische Soziologin Danielle Hervieu-Léger.¹

Mit zunehmendem zeitlichen Abstand – durch den die Erinnerung selbst an historisch einschneidende Ereignisse langsam verblassen oder abnehmen sollte – wächst in modernen Gesellschaften das Bedürfnis, dieser Erinnerung auch öffentlich Ausdruck zu verleihen: diese These lässt sich – für mich als Niederländer vielleicht naheliegend – am Beispiel der jährlich stattfindenden Feiern zum 4. und 5. Mai exemplarisch darstellen. Diese beiden Tage folgen bereits seit Jahrzehnten einem bestimmten Muster: am 4. Mai – dem «Tag des Totengedächtnisses», wird in den ganzen Niederlanden der Toten aller militärischen Konflikte nach 1945 gedacht. Bis 1961 war diese Erinnerung den Toten des 2. Weltkriegs vorbehalten. Das erste Mal wurde er bereits am 9. Mai 1945 begangen, als mit einer Schweigeminute im ganzen Land an die Opfer des soeben erst in Europa zu Ende gegangenen Weltkrieges gedacht wurde (in Südostasien endete er bekanntermaßen erst mit der Kapitulation Japans am 15. August 1945).

¹ Hervieu-Léger D., Religion und sozialer Zusammenhalt in Europa. In: K. Michalski

Das Ritual dieses Totengedenkens kennt einen festen Ablauf: Um 18.00 Uhr werden auf allen öffentlichen Gebäuden, aber auch auf vielen Privathäusern, die Flaggen auf Halbmast gesetzt. Nach einem Gedenkgottesdienst in der Neuen Kirche in Amsterdam begeben sich die Königin, Regierungsmitglieder, Vertreter der Armee und vieler Organisationen, die die Erinnerung an die Opfer des 2. Weltkriegs lebendig halten, zum Nationalmonument auf dem Dam. Dort werden, nach einem kurzen Wort, Kränze gelegt. Um genau 20.00 werden 2 Minuten Stille gehalten – aber nicht nur in Amsterdam: viele Autos bleiben stehen, ebenso wie öffentliche Busse oder Bahnen. In vielen Bars und Kneipen verstummen die Gespräche. Das Land ist für 2 Minuten – mehr oder weniger still. Die einzige Ausnahme bildet das regelmäßige Schlagen der Glocke auf der «Waalsdorper Vlakte», einem Friedhof in den Dünen, auf dem viele von den Nationalsozialisten in der Nähe hingerichteten Widerstandskämpfer beerdigt sind. Um 20.02 erklingt das «Wilhelmus», die niederländische Nationalhymne und bricht die Stille. Es folgt das Defilee, wobei weitere Kränze gelegt werden. Das öffentliche Leben kommt wieder in Gang. Nach dem Ende der Feier auf dem Dam werden die Flaggen wieder gehisst: das «Totengedenken» ist vorbei, der «Befreiungstag» kann gefeiert werden.

Diese Art des Gedenkens und die verschiedenen Elemente sind zunächst einmal typisch niederländisch:

- Im ganzen Land finden ähnlich gestaltete Feiern zum selben Zeitpunkt statt, nicht nur in Amsterdam.
- Die Hymne besingt passend den Widerstand gegen den Unterdrücker (hier nicht die deutschen Nationalsozialisten, sondern die Spanier des 16. Jahrhunderts) und den Primat der Gewissensfreiheit.
- Der Charakter der Feier ist implizit protestantisch–religiös, obwohl Religion nicht ausdrücklich sichtbar wird und Vertreter der Kirchen oder Religionsgemeinschaften spielen keine sichtbare Rolle.
- Die Einfachheit der Zeremonie, der gleichzeitig ein großer Ernst innewohnt.

- Durch die Ausweitung der Erinnerung auf «alle Opfer militärischer Interventionen und Kriege nach 1945» sowie auf unterdrückte Völker oder wegen ihrer Überzeugung Verfolgter wird das avantgardistische Selbstverständnis der Niederländer (de voortrekkersrol) unterstrichen: wir denken nicht nur an uns, sondern an alle Opfer, wo auch immer auf der Welt.

Auffällig ist, wie stark die Jugend in die Gedenkfeiern mit einbezogen wird: wenn einmal die Opfer und die Augenzeugen der Ereignisse selbst gestorben sein werden, dann muss sie die Erinnerung und die Tradition weitertragen.

Gleichzeitig ist diese Art des Gedenkens auch wieder nicht ausschließlich niederländisch. Mit den unterschiedlichen Kulturen geschuldeten Variationen folgen die Erinnerungs- und Gedächtnisfeiern in ganz Europa (und wohl auch darüber hinaus) in unterschiedlichem Ausmaß denselben Mustern: in ähnlicher Weise feiert Frankreich in Paris die Französische Revolution am 14. Juli, wird der Toten des 1. Weltkriegs am 11. November in Verdun oder in London gedacht, oder des D-Days am 6. Juni in der Normandie. Gleiches gilt für die Feiern am 8. oder 9. Mai aus Anlass des Endes des 2. Weltkriegs in verschiedenen Ländern. Alle diese Gedenkfeiern sind einander ähnlich in ihrem Aufbau, in ihrer Ritualisierung, im Gedenken an die eigenen Opfer oder die eigenen Helden. Je weiter das Ereignis zurückliegt, desto mehr wird es verklärt und nimmt mythologische Züge an. Gemeinsame, öffentlich begangene Erinnerung ist anscheinend in der Lage, in Zeiten, in den vieles unsicher wird und starken Veränderungen unterliegt, Identität zu stiften oder zu stärken.

Damit wird Erinnerung aber ambivalent und potentiell gefährlich: sie mag notwendig sein, um den Zusammenhalt nach innen zu gewährleisten, sie klammert aber die weniger positive Seiten des Ereignisses aus (etwa die notwendige Erinnerung an die Kollaboration oder eine mögliche Mitschuld durch Gewähren lassen oder schweigend Wegblicken) und sie droht bestehende Vorurteile gegenüber Anderen zu festigen und fortzusetzen – und damit zum Auslöser neuer Konflikte zu werden: die ethnischen

Spannungen und Kriege in Südosteuropa in den letzten 20 Jahren sind ein gutes, wenn auch trauriges Beispiel dafür.

Das Ende des 2. Weltkriegs ist indirekt ein Gründungsdatum der Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Union: erst die Schrecken dieses Krieges konnten der Überzeugung zum Durchbruch verhelfen, dass die Staaten Europas nicht gegeneinander, sondern nur miteinander und gemeinsam ihr Schicksal in Zukunft gestalten können. Die Versöhnung und Zusammenarbeit der beiden Hauptgegner – (West-)Deutschland und Frankreich – sollten den Kern eines Europa bilden, dem sich in Zukunft alle anderen europäischen Staaten, große wie kleine, anschließen können. Das Datum für Robert Schumans Erklärung von Paris im Jahr 1950 war nicht zufällig der 9. Mai – der erste Tag der Freiheit, nachdem am 8. Mai 1945 der 2. Weltkrieg in Europa mit der Kapitulation Deutschlands offiziell zu Ende ging.

Als im Herbst 1989 der «Eiserne Vorhang» fiel und damit der Beitritt der Länder Mittel- und Osteuropas zur Europäischen Union möglich wurde, wurde die Frage gestellt was die Integration dieser beiden, mehr als vierzig Jahre lang getrennten Teile Europas fördern könnte? «Gibt es historische Erfahrungen, Traditionen und Errungenschaften, die für die europäischen Bürger das Bewusstsein eines gemeinsam erlittenen und gemeinsam zu gestaltenden Schicksals stiften»? (Jürgen Habermas).

Wer gemeint hatte, dass die Schrecken des 2. Weltkriegs, die Barbarei des nationalsozialistischen Regimes und ihre Überwindung durch die Anstrengungen der Alliierten eben diese gemeinsam geteilte historische Erfahrung sein könnten, der hatte nur wenig Einblick in die Komplexität der europäischen Geschichte und musste schnell eines Besseren belehrt werden. Die Weigerung der Präsidenten Litauens und Polens, am 9. Mai 2005 an den Siegesfeiern aus Anlass des 60. Jahrestages teilzunehmen, die Russland in Moskau organisiert hatte, machte schließlich unmissverständlich deutlich, dass der 2. Weltkrieg Europa zwar von Grund auf verändert hat, es aber über ihn bis zum heutigen Tag keine gemeinsame europäische Erzählung gibt (A. Krzeminski). Die

Geschichte in Europa betrifft alle Europäer, aber sie betrifft sie unterschiedlich: diese Geschichte ist keine von allen Europäern gleichermaßen geteilte Geschichte. Auf dieser fehlenden, aber notwendigen Unterscheidung beruht das Missverständnis über eine «gemeinsame Geschichte».

Dieses «Missverständnis» wurde auch den Bischöfen der COMECE deutlich, als sie im Rahmen des Beitritts von acht Ländern Mittel- und Osteuropas zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 an einer gemeinsamen Erklärung arbeiteten². Was wir Bischöfe der «alten Mitgliedsstaaten» fast selbstverständlich als «Erweiterung» der EU bezeichneten und verstanden, das war für die Bischöfe der «neuen» Mitgliedsstaaten mit der Hoffnung auf eine «Wiedervereinigung Europas» verbunden, an der sie gleichen Anteil haben würden wie die Vertreter der alten Mitgliedsstaaten. Der Gründungsmythos der Europäischen Union – die Erklärung Robert Schumans vom 9. Mai 1950 – diente um einen zweiten, ebenso starken Gründungsmoment ergänzt zu werden: das Abwerfen des kommunistischen Jochs im Jahr 1989 durch die Bevölkerungen der Länder Mittel- und Osteuropas und der 1. Mai 2004 als jedes einschneidende Datum, an dem diese Länder ihren angestammten Platz in Europa wieder einnehmen.

Mit dieser Erkenntnis verbot sich jedes weitere «business as usual». Wir Bischöfe standen vor der Herausforderung, ausgehend von diesen beiden Grunddaten 1950 und 1989 den europäischen Einigungsprozess neu sehen und begreifen zu lernen. Wir wurden gezwungen, die Botschaft und die Vision der Gründungsväter der Europäischen Gemeinschaften diesmal gemeinsam neu zu buchstabieren und uns anzueignen. Dabei genügte es nicht, auf das Jahr 1989 oder 1950 zurückzublicken, sondern zu erkennen, dass das Jahr 1945 für die einen nicht dasselbe bedeutet wie für die anderen. Während 1945 in Westeuropa ein Synonym für das Ende des Nationalsozialismus und der Befreiung ist, steht es bei den Völkern Mitteleuropas für Verlassenheit und Tyrannei.

² Erklärung der COMECE, Das Werden der Europäischen Union und die Verantwortung der Katholiken. Erarbeitet im Zusammenhang mit der Pilgerreise der COMECE nach Santiago de Compostela

So betrachtet wird «die schlichte Erinnerung an das, was manche Länder, die jetzt zur EU gehören, durchmachen mussten, zum dringenden Appell, nicht an der Oberfläche stehen zu bleiben, sondern die weit zurückreichende Geschichte Europas zu bedenken. Dabei wird sichtbar, dass wir alle eine Sache gemeinsam haben: Auf beiden Seiten sind wir Erben einer tragischen Geschichte. Die Erinnerung Europas ist eine verwundete Erinnerung, und wir können an unserer gemeinsamen Zukunft nicht bauen ohne das ganze Ausmaß dieser Verwundungen zu ermessen. [...]

Die Umstände, die die Wiedervereinigung Europas in den Jahren 2004 und 2007 ermöglicht haben, [haben] eine große Ähnlichkeit mit der Entstehungssituation der Europäischen Union. In beiden Fällen entdecken wir die geistig-spirituelle Entscheidung zugunsten der Vergebung und den Willen, Gewalt durch Dialog und Solidarität zu überwinden. In beiden Fällen sehen wir den Einsatz der Zivilgesellschaft und aller gesellschaftlichen Gruppen, entschlossen in Frieden und in einer Demokratie zu leben. [...] In diesem Sinne ist die Entstehung der Europäischen Union ein geistliches, ein spirituelles Geschehen. Und dieses teilen alle Völker, ob sie nun schon lange oder erst seit kurzem Mitglieder sind [...].

Nur wenn der wesentlich spirituelle Charakter dieses Anfangs anerkannt wird, kann die Versöhnung zwischen den Völkern der Union bleibend sein.»

Auf den Punkt gebracht heisst das: «Die heutige Europäische Union beruht auf dem Zusammentreffen von zwei historischen Strömungen mit erheblicher geistlich-spirituelle Bedeutung. Deshalb sind wir aufgefordert, uns aller geistigen, moralischen und kulturellen Voraussetzungen zu erinnern, die ihre Gründung, ihr Werden und ihren fortschreitenden Aufbau ermöglicht haben.»

So wichtig es ist, zu verstehen wie und warum unterschiedliche Erinnerung entstanden ist, so wichtig ist es auch, dass daraus konkrete Schritte für unser weiteres Handeln folgen. Aus «reiner Erinnerung» muss gelebte und tätige Erinnerung werden, die sich im verantwortungsvollen Handeln für die gemeinsame Zukunft konkretisiert.

Europäische Erinnerung und die Rolle der Kirche

In dem bereits genannten Diskussionsforum «European histories. Concord and conflict» kommen Religion und Kirche nicht vor. Ich möchte hier nicht weiter darauf eingehen und darüber spekulieren, warum das so ist. Die Geschichte Europas ist so eng mit der des Christentums und der Kirchen verwoben, mit ihren hellen und ihren dunklen Seiten, dass sie in diesem Prozess der «Europäischen Erinnerung» einen festen Platz haben. Daraus leitet sich Verantwortung – und damit ein Auftrag – gegenüber diesem Europa ab, wie im weiteren zu entfalten ist.

Versöhnung

Nach dem Ende des 2. Weltkriegs haben die Kirchen als Zeichen tätiger Erinnerung einen eigenen Beitrag zum notwendigen Versöhnungsdienst zwischen den verfeindeten Nachbarn geleistet. Das gilt in besonderem Maß für die Kirchen in Deutschland mit den Kirchen in Frankreich, den Niederlanden, Polen und der Tschechoslowakei. Neben den unzähligen Besuchen und Begegnung zwischen Christen der genannten Länder, den Zeichen und Gesten von Versöhnung und Vergebung verdienen zwei symbolische Akte besondere Aufmerksamkeit: der Brief der polnischen Bischöfe vom 18. November 1965 an ihre deutschen Mitbrüder, der in Rom überreicht wird und mit den Worten endet: «Wir verzeihen und wir bitten um Verzeihung». Ihm folgte die gemeinsame Erklärung des Jahres 1995: «Nur die Wahrheit kann uns freimachen, die Wahrheit, die nichts hinzufügt und nichts weglässt, die nichts verschweigt und nichts aufrechnet».

Noch vor Ende des 2. Weltkriegs entstand in Frankreich die Bewegung «Pax Christi» mit dem Ziel, den Deutschen zu helfen, die durch Krieg und Feindschaft geschlagenen Wunden zu heilen und Versöhnung zu fördern. Ihre zahlreichen Initiativen haben zur Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich wesentlich beigetragen. Auch der Briefaustausch der deutschen an die tschechischen Bischöfe des Jahres 1990 «Die Wahrheit und die Liebe machen uns frei» sowie die gemeinsame Erklärung der tschechischen und der österreichischen Bischofskonferenz «Versöhnte Nachbarschaft im Herzen Europas» des Jahres 2005 verdienen in diesem Zusammenhang erwähnt zu

werden. Die Erinnerung, die nichts ausklammerte, wie schmerzhaft es auch sein möge, ist die Voraussetzung für die Versöhnung.

Gleichzeitig hat die katholische Kirche den europäischen Integrationsprozess aufmerksam verfolgt und begleitet. Lange wurde geargwöhnt, dass sie damit nur versuche, verloren gegangenes Terrain im Zug der Trennung von Kirche und Staat wieder wettzumachen und ihren alten Einfluss zurück zu gewinnen. Dem gegenüber ist es mir wichtig festzuhalten, dass der eigene Beitrag der Kirchen am spirituellen Prozess der europäischen Integration nicht die «Restauration eines christlichen Europas» zum Ziel hat, sondern eine glaubwürdige und allgemein verständliche Verkündigung des Evangeliums als Antwort auf die großen und grundsätzlichen Fragen, vor denen Europa heute steht. Dieser Beitrag geschieht in einer Haltung des Dialogs, mit einem offenen Blick auf die reiche und vielfältige Geschichte Europas, der einer Kritik an manchen Entwicklungen nicht ausweicht – auch nicht der Selbstkritik, eine unverzichtbare Voraussetzung für jeden Dialog – und mit jener Freimütigkeit, die einer vom Evangelium bestimmten Überzeugung eigen ist.

Metapolitik

Ein zweiter Beitrag der Kirchen – wiederum in Erinnerung an die leidvolle Erfahrung in der Vergangenheit – ist nicht «politisch», sondern «metapolitisch»: sie versuchen, das schwierige Verhältnis zwischen absoluten Werten und konkreten politischen Entscheidungen zu verdeutlichen und offen zu halten. Die grundlegenden und unaufgebbaren Werte des demokratischen Rechtsstaates sind nicht durch die Politik und den Rechtsstaat entstanden, selbst dann nicht, wenn er ihnen, öfters auch gegen den Widerstand der Kirchen, schließlich zum Durchbruch verholfen hat (und, das sei am Rande vermerkt, die Kirchen haben hier einen schnellen Lernprozess durchgemacht). Um den deutschen Rechtsphilosophen Wolfgang Böckenförde zu zitieren: «Der säkulare Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst zu schaffen nicht in der Lage ist». Das Eintreten der Kirchen für diese Werte – vor allem der unteilbaren und unverfügbaren Würde der menschlichen Person, die jeder staatlichen Gesetzgebung oder politischen

Entscheidung entzogen ist – ist nicht an eine bestimmte Religion oder Glaubensüberzeugung gebunden, sondern: sie gilt jeder Person und sie gilt der ganzen Person. Diese menschliche Person ist nicht nur ein wirtschaftlicher Faktor, sondern ein soziales, ein politisches, ein kulturelles und ein spirituelles Wesen. Und diese Würde gilt ihr ohne Unterschied: vom Beginn ihres Lebens bis zu ihrem natürlichen Tod. Der christliche Glaube wiederum lässt sich nicht mit einer bestimmten politischen Ordnung oder Gruppe identifizieren, sondern er muss über alle Parteigrenzen hinweg Situationen und Verhaltensmuster aufzeigen, die aus christlicher Sicht mit der Würde des Menschen und dem Gemeinwohl nicht vereinbar sind.

Dieses «metapolitische Engagement» erwarten Menschen von der Kirche: ein Engagement, das hinter dem politischen Tagesgeschäft steht und keine Antworten nach dem «Wie», nach der «politischen Technik» sucht, sondern nach dem «Wozu» und dem «Warum» politischer Entscheidungen fragt. Dabei haben die Kirchen weniger vorgefertigte Antworten zu bieten, sondern müssen den Blick auf das offen halten, was politische Einzelhandlungen übersteigt. Es wird nicht die Aufgabe der Kirchen sein, eine «europäische Meistererzählung» zu entwerfen oder zu schreiben. Sie werden aber darauf achten, ob und wo eine solche «Meistererzählung» (so sie denn möglich ist) politisch instrumentalisiert wird und Menschen dadurch an den Rand drängt oder ausgrenzt.

Eine Politik, die sich zunehmend in der Befriedigung materieller Bedürfnisse und der Bedienung von Einzelinteressen zu erschöpfen droht, bedarf der steten Mahnung, die Reflexion ihres Wertefundaments nicht zu vergessen: Der Mensch als Ganzer und das Gemeinwohl sind das Ziel der Politik. Wo konkretes politisches Handeln nicht fortwährend vor dem Hintergrund der grundlegenden Prinzipien auch der christlichen Soziallehre bedacht wird – der Menschenwürde und des Gemeinwohls – dort droht der Politik der Verlust ihrer «transzendenten Anbindung». Wo Politik und Politiker nicht mehr in den Dialog über den Sinn der Politik und ihres politischen Handelns eintreten – mit den Bürgern, mit den gesellschaftlichen Organisationen, mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften – wird Politik selbstreferentiell und verliert ihre Legitimation

durch jene, denen sie letztlich zu dienen hat: den Bürgern. Unermüdliche Dialogbereitschaft ist ein Prinzip und ein Kennzeichen funktionierender Demokratie.

Zwei weitere Dimensionen der Verantwortung schließen sich hier an. Sie sind beide untrennbar miteinander verbunden und unterscheiden sich nur durch die ihnen eigene Betonung: während Subsidiarität die individuelle und persönlicher Verantwortung betont, die es sowohl zu ergreifen wie auch zu achten gilt, unterstreicht die Solidarität die kollektive Verantwortung gegenüber jenen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht in der Lage sind, ihre Dinge selbst in die Hand zu nehmen und zu regeln.

Subsidiarität

Eine der Lehren des Jahres 1989 ist, dass Friede ohne Freiheit ein Scheinfrieden ist. Ebenso wie der Friede ist auch die Freiheit nicht selbstverständlich, sondern ist von jeder Generation immer wieder aufs Neue zu erwerben. In Solidarität mit jenen, die gegen die beiden totalitären Systeme in Europa um Freiheit gerungen haben, werden Christen sich immer dort zu Wort zu melden haben, wo die Freiheit als unaufgebbarer Bestandteil der Menschenwürde bedroht ist. Papst Johannes Paul II. hat in seiner Enzyklika «Centenimus Annus» darauf hingewiesen, dass wir die wiedergewonnene Freiheit an andere, ebenso gefährliche, wenn auch subtiler auftretende Formen der Abhängigkeit zu verlieren drohen.

Eine konkrete Forderung der Bürgerbewegungen des Jahres 1989 war der Wunsch nach Partizipation. Im kommunistischen System wurde den Menschen «alles aus der Hand genommen». Von der Wiege bis zum Grab war eine umfassende Versorgung sicher, wenn auch auf niedrigem Niveau. Der Preis dafür war allerdings hoch: die vollständige und bedingungslose Ein- und Unterordnung der Menschen in und unter das System. Das (katholische) Prinzip der Subsidiarität setzt genau von der anderen Seite an: Jeder Einzelne regelt in aller Freiheit und Eigenverantwortung sein Leben selbst. Allerdings ist auch daran zu erinnern: all das bedeutet nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht. Der Staat greift nur dort unterstützend (subsidiär) ein, wo der Einzelne dazu nicht mehr

in der Lage ist und der Hilfe des Staates bedarf. Er wird aber auch dort eingreifen, wo der Einzelne seine Pflicht vernachlässigt.

Dieses Erbe von 1989 droht leichtsinnig verschleudert und die errungene Freiheit verspielt zu werden, wenn die notwendige Partizipation, von der Politik und Demokratie leben, einer allgemeinen Apathie und Interesselosigkeit am politischen Geschehen Platz machen. Subsidiarität bedarf verantwortungsbewusster und aktiver Bürger: wenn diese fehlen, wird sie zu einer leeren Worthülse. Der allumfassende Versorgungsstaat, der die Eigenverantwortlichkeit der Menschen nicht zulässt, läuft immer auch die Gefahr, totalitär zu werden.

Solidarität

Gleichbedeutend mit der Subsidiarität ist die Solidarität, die sowohl umfassend und als auch unteilbar ist: sie ist grenzüberschreitend in Raum und Zeit, sie gilt allen Kontinenten ebenso wie den Generationen, die nach uns kommen werden. Umfassend meint hier, dass sie sich nicht auf das beschränken lässt, was allgemein unter Solidarität als «Engagement für die Ärmsten» verstanden wird. Diese gehört sicher dazu, aber Solidarität meint hier mehr. Sie ist eine Methode, die hilft, jene Ziele des zusammenwachsenden Europas zu verwirklichen, die bereits von den «Vätern Europas» formuliert wurden: Frieden und Freiheit.

Der Friede in Europa scheint heute den meisten selbstverständlich zu sein, weshalb er als immer neu zu erringendes Ziel des europäischen Einigungswerkes an Anziehungskraft verloren zu haben scheint. Friede als Ziel blieb in der Vision der Gründerväter aber nicht auf Europa beschränkt. Der Weltfriede selbst war ihr Ziel, mit einem friedlich geeinten Europa als Ausgangspunkt und Beispiel. Damit wird der Umfang der drängenden Aufgaben deutlich: die Zahl der Konfliktherde und der größeren und kleinen Kriege war noch nie so groß wie in unserer Zeit.

Verschiedene kirchliche Gruppierungen – ich nenne hier stellvertretend die beiden Bewegungen Sant' Egidio und Pax Christi – sind in diesem Bereich neben vielen anderen unermüdlich aktiv. Manchmal ist ihren Anstrengungen dort, wo diplomatische Vermittlungen gescheitert sind, vor allem durch Geduld und Beharrlichkeit ein Erfolg

beschrieben – wie etwa bei der Beilegung des Bürgerkriegs in Mozambique. Sie haben auch erkannt, dass der eigene Beitrag der Christen in der hohen Dialogbereitschaft liegen muss, vor allem in jenen Bereichen, wo Religion einen möglichen Faktor für Konflikte und Auseinandersetzungen bildet und manipuliert wird. Die umfassenden interreligiösen Dialoge und Gespräche, die Sant' Egidio seit fast zwanzig Jahren führt und fördert, versuchen durch Gespräche potentielle Konflikte zu entschärfen. Angesichts der wachsenden Globalisierung wird das interreligiöse Gespräch als von den Kirchen und Religionsgemeinschaften zu verantwortender Teil des notwendigen interkulturellen Dialogs, zu einem möglichen Mittel von Konfliktprävention.

Solidarität als Methode muss sich als tätige Nächstenliebe erweisen. Sie wird sich dabei nicht nur auf das «Hier und Heute» beschränken dürfen. Sie gilt vor allem jenen Menschen, die das Opfer von Krieg, Verfolgung und Vertreibung geworden sind sowie jenen, die unter Zurückstellung ihrer eigenen Wünsche oder Freiheit, für die Würde und die Freiheit des Menschen ihr Leben gewagt haben.

In gleicher Weise muss aber unsere Solidarität der kommenden Generation gelten. Als «Erben unserer Väter und Beschenkte unserer Mitbürger sind wir allen verpflichtet, und jene können uns nicht gleichgültig sein, die nach uns den Kreis der Menschheitsfamilie weiten». [Papst Paul VI. in *Populorum Progressio* 17] «Es handelt sich um eine Verantwortung, die die gegenwärtigen für die künftigen Generationen übernehmen müssen» [KSK, 467].

Unsere Solidarität gilt besonders der jungen Generation, vor allem jenen ohne Aussicht auf Ausbildung, auf Arbeitsplatz und festen Lebensunterhalt. Hoffnungslosigkeit und die fehlende Aussicht auf eine Verbesserung der Situation können zum Nährboden von Ausgrenzung, von gesellschaftlichen Konflikten und schließlich von neuen totalitären Systemen werden. Die Entwicklungen in Nordafrika und im Nahen Osten sind ein gutes Beispiel dafür.

Es wird darauf ankommen, angesichts der Überalterung unserer Gesellschaften in Europa für die kommende Generation, die befürchten muss, nicht mehr in den Genuss jener Errungenschaften zu kommen, für die sie heute noch ihren Beitrag leistet, einen gerechten Ausgleich zu finden. An den Überlegungen dazu werden sich die Kirchen zu beteiligen haben, wenn im Jahr 2012 das «Europäische Jahr der intergenerationellen Solidarität begangen wird.

Konkrete Solidarität wird schließlich ihren Blick über Europa hinaus richten, wohl wissend, dass das Projekt der europäischen Integration eine universelle Dimension in sich trägt. Einem Kontinent hatte die besondere Sorge der Gründerväter gegolten: Afrika – jenem «vergessenen» Kontinent, der durch Europa Jahrhunderte lang kolonialisiert und ausgebeutet wurde und der heute von korrupten Regierungen, von Kriegen, von Dürrekatastrophen und von der Geisel AIDS täglich existentiell bedroht ist. Robert Schuman erwähnt in seiner Erklärung vom 9. Mai drei Mal explizit die Verantwortung Europas für Afrika. Die nach den Umbrüchen in Nordafrika wieder zunehmenden Meldungen von ertrunkenen oder aufgegriffenen Flüchtlingen, die mit ihren Nusschalen über das Mittelmeer oder den Atlantik nach Italien, nach Spanien oder auf die Kanarischen Inseln zu gelangen versuchen, dringen kaum noch in unser Bewusstsein durch – und doch handelt es sich täglich um hunderte Menschen. Die Antwort darauf kann weder die weitere Verstärkung einer «Festung Europa» sein, noch die völlige Öffnung der Grenzen. Unsere Solidarität wird sich auf die Änderung der Lebensumstände der Menschen in jenen Ländern richten müssen, aus denen sie kommen: die Erfüllung ihrer menschlichen Grundbedürfnisse wie ausreichende Lebensmittel, sauberes Wasser, medizinische Versorgung, Zugang zu Bildung, gerechte Wirtschaftsbedingungen, Sicherheit an Leib und Leben und die Möglichkeit, das Leben in einem geordneten politischen System selbständig zu gestalten. Unsere Verpflichtung dazu ist die Erinnerung daran, dass über lange Zeit andere Kontinente unzählbare «Elende Europas» bei sich aufgenommen und ihnen Arbeit und eine neue Heimat gegeben haben.

Als das Erinnern und das Erzählen noch geholfen haben...

Schließlich werden die Kirchen aus dem schöpfen und das der Gesellschaft anbieten können, was im Tiefsten ihr eigentliches Erbe ist: die biblische Einsicht, dass die «erzählte Erinnerung» an Gottes Handeln not-wendend und rettend ist. Die Erinnerung daran, dass Gott sein Volk durch das Rote Meer und die Wüste Sinai in die Freiheit und das verheißene Land geführt hat, bestimmte das Selbstverständnis des Volkes Israel selbst in den dunklen Zeiten des Asyls und der Gefangenschaft in Babylon.

Die «erzählte Erinnerung» an Gottes Handeln an Jesus Christus, seinem Sohn, den er durch Leid und Tod hindurch nicht im Grab gelassen, sondern zur Herrlichkeit bei sich geführt hat, ist zur Hoffnung, zur Inspiration und zum Beweggrund für unzählige Menschen geworden, die sich entgegen aller innerweltlichen Logik für Gerechtigkeit, Frieden und den Dienst an den Allerärmsten entschieden und das eigene Wohl und die eigene Sicherheit diesem Ziel untergeordnet haben.

In Jesu Handeln bekommt die Erinnerung für uns Christen noch einen besonderen Stellenwert: Jesu Selbstgabe in der Eucharistie wird zur Aufforderung für uns durch seine Worte: «Wann immer ihr dieses tut, tut dies zu meinem Gedächtnis». Die Eucharistie, Mitte des christlichen Lebens, ist ein Erinnerungsgeschehen, das uns drängt, ihm in Wort und Tat nachzufolgen und es ihm gleich zu tun.

Erzählendes erinnern kann die Welt verändern und retten. Daran auch Europa zu erinnern, gegen alle Zwänge so genannter Sachlogik, könnte der vielleicht wertvollste Beitrag der Kirchen zur europäischen Erinnerung sein.

Lassen Sie mich schließen mit einer Erzählung, die zwar nicht direkt aus der Bibel stammt, sich aber auf die Tradition der Bibel berufen darf. Diese Tradition wiederholt immer wieder den einen Auftrag: Erinnert erzählend an die Heilsbotschaft – von Generation zu Generation. Diese Heilsbotschaft wird mit dem Evangelium universell und auf alle Menschen ausgeweitet.

Die Geschichte stammt aus den von Martin Buber gesammelten Erzählungen der Chassidim:

«Wenn der Großrabbi Israel Baal-Schem-Tow sah, dass dem jüdischen Volk Unheil drohte, zog er sich für gewöhnlich an einen bestimmten Ort im Walde zurück; dort zündete er ein Feuer an, sprach ein bestimmtes Gebet, und das Wunder geschah: Das Unheil war gebannt. Später, als sein Schüler, der berühmte Maggid von Mesritsch, aus den gleichen Gründen im Himmel vorstellig werden sollte, begab er sich an denselben Ort im Wald und sagte: Herr des Weltalls, leih mir dein Ohr. Ich weiß zwar nicht, wie man ein Feuer entzündet, doch ich bin noch imstande, das Gebet zu sprechen. Und das Wunder geschah.

Später ging auch der Rabbi Mosche Leib von Sasow, um sein Volk zu retten, in den Wald und sagte: Ich weiß nicht, wie man ein Feuer entzündet, ich kenn' auch das Gebet nicht, ich finde aber wenigstens den Ort, und das sollte genügen. Und es genügte: Wiederum geschah das Wunder.

Dann kam der Rabbi Israel von Rizzin an die Reihe, um die Bedrohung zu vereiteln. Er saß im Sessel, legte seinen Kopf in beide Hände und sagte zu Gott: Ich bin unfähig, das Feuer zu entzünden, ich kenne nicht das Gebet, ich vermag nicht einmal den Ort im Walde wieder zu finden. Alles, was ich tun kann, ist, diese Geschichte zu erzählen. Das sollte genügen. Und es genügte.»

Was aber wird sein, wenn einmal die Erinnerung nicht nur verblasst, sondern ausgelöscht sein wird und wir nicht einmal mehr Geschichten erzählen können? Wird Gott uns dann noch retten können?

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld und Aufmerksamkeit.